

**Antworten von:**

<b>Elisabeth Müller-Witt</b>	<b>SPD</b>	<b>39</b>
<b>Name</b>	<b>Partei</b>	<b>Wahlkreis-Nr.</b>

Ankreuzfeld:

### 1. Flächenverbrauch

In den nächsten Jahren soll es einen Boom an Neubauten, insbesondere zur Schaffung von preiswertem Wohnungsbau geben. Der Regionalplan Düsseldorf sieht seit der Änderung „Mehr Wohnbauland am Rhein“ im schon dicht besiedelten Kreis Mettmann bereits zahlreiche zusätzliche Baugebiete im Außenbereich vor, u.a. in Monheim, Langenfeld, Hilden, Mettmann, Ratingen, Wülfrath und Velbert.

Werden Sie sich für den Schutz des Außenbereiches vor Versiegelungen, für ausgleichende Begrünungsmaßnahmen bei einer Bebauungsverdichtung im Innenbereich (Dach- und Fassadenbegrünung) und für ein verstärktes Flächenrecycling einsetzen?

Ja  Nein Begründung/Erläuterung:

Ich stehe sowohl für das 5 ha als auch das Netto-Null-Ziel. Das ist nur durch Flächenrecycling als auch intelligente Innenverdichtung unter Berücksichtigung der Erhaltung von Frischluftschneisen sowie der Fassaden- und Dächerbegrünung erreichbar.

### 2. Natur- und Landschaftsschutz

Naturschutzgebiete stehen in dicht besiedelten Gebieten unter einem extremen Nutzungs- und Erholungsdruck. Im Kreis Mettmann betrifft es v.a. die Restflächen der Bergischen Heideterrasse (Further Moor, Hildener Heide), das Neandertal und die Bachtäler im nördlichen Kreisgebiet. Auch sehen wir noch großen Handlungsbedarf zur Förderung von Biotopverbundstrukturen im Kreis Mettmann für eine effektive Vernetzung von wertvollen Lebensräumen.

Die durch das Landesnaturschutzgesetz eingesetzte ehrenamtliche Naturschutzwacht (§ 69 LNatSchG) weist die zuständigen Behörden auf zahllose nachteilige Veränderungen in der Landschaft hin. Diese werden oft nicht tätig, weil es an einer erforderlichen personellen und finanziellen Ausstattung fehlt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass für gesetzliche Aufgaben des Natur- und Landschaftsschutzes ausreichend Finanzen und Personal zur Verfügung stehen?

Ja  Nein Begründung/Erläuterung:

Bereits für den Haushalt 2022 hat die SPD-Landtagsfraktion ein Programm zur Stärkung der biologischen Vielfalt in Höhe von 15 Mio Euro gefordert. Dazu gehört auch die Ertüchtigung der für den Natur- und Landschaftsschutz zuständigen Behörden, damit die ihre Aufgaben wahrnehmen können. Gesetze ohne den erforderlichen Vollzug derselben sind wirkungslos.

### 3. Artenschutz

Der dramatische Schwund an Pflanzen und Tieren ist neben der Klimakrise eine essentielle Zukunftsfrage. Trotzdem hat eine Landtagsmehrheit erst im Jahr 2021 die Volksinitiative Artenvielfalt abgelehnt. Auch der Kreis Mettmann ist ein bedeutender Lebensraum für

seltene und bedrohte Arten wie Zauneidechse, Steinkauz und Kiebitz. Wenn ihre Lebensräume erhalten bleiben, profitieren davon unzählige andere Tier- und Pflanzenarten, die auf spezielle Biotope angewiesen sind.

Werden Sie sich für die konsequente Umsetzung von Artenhilfsprogrammen einsetzen?

Ja     Nein                    Begründung/Erläuterung:

Ich stehe zu der Forderung nach einem Handlungsprogramm Artenvielfalt NRW, was u.a. folgende Punkte umfasst: Flächenfraß verbindlich stoppen • Schutzgebiete wirksam schützen • Naturnahe und wilde Wälder zulassen • Naturverträgliche Landwirtschaft aktiv voranbringen • Biotopverbund stärken und ausweiten • Lebendige Gewässer und Auen sichern • Artenschutz in der Stadt fördern • Nationalpark in der Senne ausweisen. Selbstverständlich müssen die für das Handlungsprogramm erforderlichen Finanzmittel im Landeshaushalt vorgesehen werden.

## 0. Klimaschutz

Bis zum Jahr 2025 sollen etwa 45 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen. So sieht es das Erneuerbare-Energien-Gesetz vor. Sehen Sie Potential im Kreis Mettmann für den Ausbau (z.B. mit neuen Windenergieanlagen oder Solarenergieparks auf versiegelten Flächen oder entlang von Autobahnen) und werden Sie sich für den beschleunigten, naturverträglichen Ausbau einsetzen?

Ja     Nein                    Begründung/Erläuterung:

Der Ausstieg aus den fossilen Energien erfordert einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Hierbei sind die Möglichkeiten im Kreis Mettmann noch längst nicht ausgeschöpft. Ich setze mich dafür ein, dass die derzeitigen restriktiven Abstandsregelungen des Landes NRW aufgehoben werden, um damit ein Ausbau der Windenergieanlagen auch im Kreis Mettmann zu ermöglichen. Gerade der Kreis Mettmann mit seinem dichten Autobahnnetz hat auch für Photovoltaik entlang der Autobahnen und Lärmschutzwänden, aber ebenso auf weiteren Flächen noch ungenutztes Potenzial. Darüber hinaus unterstütze ich die Forderung der SPD gesetzlich vorzuschreiben, dass Photovoltaik verpflichtend für jeden Neu- und Umbau von Gewerbeimmobilien zu installieren ist. Für bestehende Gebäude ist eine Förderung vorzusehen. Öffentliche Gebäude sollen hier Vorbildfunktion übernehmen.

## 1. Landwirtschaft

Viele Regionen in NRW, darunter auch der Kreis Mettmann, verfügen noch über weitgehend traditionell geprägte landwirtschaftliche Strukturen. Doch auch hier müssen sich Familienbetriebe dem ruinösen Wettbewerb mit großen Konzernen stellen. Gleichzeitig gibt es durch die dichte Bevölkerung gute Ausgangsbedingungen für die regionale Vermarktung. Sind Sie für die Förderung einer naturverträglichen und sozial gerechten Landwirtschaft und werden Sie sich für eine finanzielle Unterstützung für Vermarktungs- sowie für ein biotop- und artenschutzwirksames Kulturlandschaftsprogramm einsetzen?

Ja     Nein                    Begründung/Erläuterung:

Dem Agrarstrukturwandel und den Konzentrationsprozessen muss auf allen Stufen der Wertschöpfung mit stärkerer Regionalisierung begegnet werden. Dazu müssen, wo noch nicht vorhanden, kürzere und damit regionale Wertschöpfungsketten neu aufbaut und vernetzt werden. Deshalb setze ich mich auch für dezentrale, vielfältige Verarbeitungs- und Vertriebsstrukturen in den Regionen und regionale Wertschöpfungscentren ein. Das stärkt die Marktpositionen der Landwirtinnen und Landwirte gegenüber Großabnehmern. Landwirtschaftsflächen müssen zudem mit einem Schutzstatus versehen werden, der sich an ihrer Ertragsfähigkeit und ökologischen Wertigkeit orientiert. Dies dient auch dem Artenschutz.

## 6. Mobilität

Der Mobilitätssektor hinkt hinterher beim Klimaschutz. Ein 1:1-Ersatz von Verbrennern durch Elektroautos wird allein das Problem nicht lösen, weil auch dann immer noch viel zu viele nicht ausgelastete Fahrzeuge unterwegs sind. Um den nicht abbreißenden Verkehrsstrom aufzunehmen, werden Straßenneu- und -ausbauvorhaben vorangetrieben, obwohl in NRW schon sieben Prozent der Fläche für Verkehr genutzt wird. So soll z.B. die A 3 quer durch den Kreis Mettmann auf acht Spuren erweitert werden, weil im Berufsverkehr kurzzeitig Verkehrsspitzen auftreten können.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass NRW eine konsequente Verkehrswende einleitet und dabei auf den Straßenaus- und -neubau verzichtet und die Förderung von Bus, Bahn und Fahrrad voranbringt?

Ja  Nein

Begründung/Erläuterung:

Die gegenwärtige Priorisierung des Individualverkehrs hat keine Zukunft. Weder unter Klimaschutzaspekten noch im Hinblick auf den Landschaftsverbrauch ist dieser Weg noch länger tragbar. Ein gut ausgebautes und getaktetes sowie bezahlbares Öffentliches Verkehrsnetz sowie ein gleichwertiges Radwegenetz und ein ausgebautes Schienennetz und ertüchtigte Wasserwege für den Güterverkehr sind die sinnvolle Alternative zu einem ins Uferlose wachsenden Straßennetz für den Individualverkehr. Deshalb halte ich eine Verkehrswende in NRW für alternativlos. Dazu gehört auch, dass ich den 8-spurigen Ausbau der A3 ablehne.

## 7. Technischer Umweltschutz/Anlagensicherheit

Die Menschen in NRW leben seit Jahrzehnten in unmittelbarer Nachbarschaft von Chemie- und Industrieanlagen. Die Lage ist akzeptabel, so lange ihre berechtigten Sicherheitsinteressen ernst genommen werden. Beim Brand der Sonderabfallverbrennungsanlage in Leverkusen wurden erhebliche Defizite bei den Genehmigungen und Überwachungen aufgedeckt. Die CO-Pipeline der Firma Covestro, die durch die Städte Monheim am Rhein, Langenfeld, Hilden, Erkrath und Ratingen führt, birgt ein enormes Gefahrenpotential und ist faktisch nicht zu überwachen.

Werden Sie diese Mängel durch eine personelle Stärkung der Überwachungsbehörden beseitigen und werden Sie dem Schutz der Menschen in der Nähe potentiell gesundheits- und lebensgefährlicher Anlagen größere Bedeutung zumessen?

Ja Nein

Begründung/Erläuterung:

Als Einwohnerin von Ratingen habe ich den Bau der CO-Pipeline unmittelbar miterlebt. Die Folgen der Mängel bei den Überwachungsbehörden einerseits und aber vielleicht auch die nicht ausreichenden gesetzlichen Vorgaben andererseits haben es ermöglicht, dass eine mangelhafte Gefahrgut-Pipeline gebaut wurde. Ich werde mich dafür einsetzen, dass angefangen von den gesetzlichen Grundlagen bis hin zu den Überwachungsbehörden alles einer kritischen Prüfung auf Tauglichkeit unterzogen und entsprechend verbessert wird. Insgesamt muss aber bei solchen Vorhaben kritisch geprüft werden, in welchem Verhältnis die potenziellen Gefahren, die von der jeweiligen Anlage ausgehen zur Notwendigkeit der Maßnahme stehen und ob durch Alternativlösungen eine Gefahrenreduzierung möglich ist.

## 8. Wasser

Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1. Grundwasser und Rheinuferfiltrat spielen für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung in NRW eine große Rolle. Siedlungsflächen reichen bis unmittelbar an die Ufer heran und sind somit bei Hochwasser besonders gefährdet – auch im Kreis Mettmann.

Die europäische Wasserrahmen-Richtlinie (WRRL) verpflichtet alle Länder, für einen guten Zustand ihrer Gewässer zu sorgen. Hierzu zählen der naturnahe Aus- und Umbau von Fluss- und Bachläufen, die Wiedervernässung von Feuchtgebieten, die Reinigung von Abwässern aus Kläranlagen, Straßen und Siedlungen vor der Einleitung. Der Wiedervernässung von Feuchtgebieten und Mooren kommt außerdem große Bedeutung als CO<sub>2</sub>-Senke zu.

Werden Sie dafür sorgen, dass die Wasserrahmen-Richtlinie konsequent umgesetzt wird und NRW seiner europäischen Verpflichtung nachkommt?

Ja Nein

Begründung/Erläuterung:

Ich halte die Ziele der Wasserrahmen-Rahmenrichtlinie nach wie vor für unverzichtbar. Das Stark- und Hochwasserereignis von Juli 2021 deutlich gezeigt, dass weitere und neue Anstrengungen notwendig sind, um auf diese vermutlich wiederkehrenden Folgen des Klimawandels reagieren zu können. Dazu gehören: die Renaturierungsmaßnahmen der EU-Wasserrahmen-Richtlinie über 2027 hinaus zu entwickeln; weitere Retentionsflächen zu schaffen, die im Hochwasserfall kontrolliert geflutet werden können; neue Formen der gemeinsamen Nutzung von Landwirtschaft und Hochwasserschutz zu entwickeln; den Ausbau des technischen Hochwasserschutzes zu forcieren und zu erweitern, aber auch für Maßnahmen des Hochwasserschutzes und der Gewässerrenaturierung dem Land wieder ein Vorkaufsrecht für Flächen

einzuräumen und auch schon für kleinere Gewässer ein Warnsystem für Hochwasser und Überschwemmungen einzurichten.